

Antrag 31/I/2020
AG SPD 60 plus Brandenburg, ASG
Brandenburg

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission
Ablehnung

Nachbarschaftshilfe für Pflegebedürftige verbessern

1 Die SPD-Mitglieder der Landes-
2 regierung und die Mitglieder der
3 SPD-Landtagsfraktion werden
4 aufgefordert sich dafür einzuset-
5 zen, dass innerhalb der Pflege
6 vor Ort ein niedrighschwelliges An-
7 gebot für die Nachbarschaftshilfe
8 für Pflegebedürftige aufgenom-
9 men wird. Dadurch könnte
10 deren Lage weiter verbessert
11 werden. Diese Initiative soll vor
12 allem im ländlichen Bereich
13 noch bestehende Lücken fül-
14 len. Interessierte sollten einen
15 Kurs absolvieren, wonach sie
16 die Anerkennung als Nachbar-
17 schaftshelfer*innen erhalten und
18 nicht mehr als zwei Gepflegte
19 betreuen dürfen. Für ihre eh-
20 renamtliche Tätigkeit, die z.B.
21 die Erledigung von Einkäufen,
22 von Behördengängen und Vor-
23 lesen beinhaltet, würden sie als
24 Anerkennung eine monatliche
25 Aufwandsentschädigung von bis
26 zu 125 € erhalten. Die Nach-
27 barschaftshelfer*innen erfüllen

Verweis auf Ehrenamtlichkeit

28 keine Pflegeaufgaben und sind
29 damit auch keine Konkurrenz zu
30 den professionellen Pflegediens-
31 ten. Sie sollten auf kommunaler
32 Ebene Ansprechpartner*innen
33 erhalten.

34

35 **Begründung**

36 Verschiedene Bundesländer, dar-
37 unter Sachsen und Mecklenburg-
38 Vorpommern, haben solche
39 Regelungen geschaffen, die auf
40 großes Interesse und Zustim-
41 mung treffen. Vergleichbares
42 wäre auch in Brandenburg
43 auf dem Land in weiter vom
44 Speckgürtel entfernten Kreisen
45 eine sinnvolle Ergänzung der
46 vorhandenen Angebote. Für
47 eine qualitativ ausreichende
48 Vorbereitung der Interessenten
49 werden 12 Unterrichtseinheiten
50 als Minimum betrachtet.